

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene Wählerzeitung oder deren Raum 100.— Mark, Stellen- und Wohnungsangebote, Familienanzeigen, Vereins- und Versammlungsanzeigen 40.— Mark. Kleine Anzeigen per Wort 5.— Mark. — Retraumpreis: Die Wählerzeitung 8 gespaltene oder deren Raum im Text 280.— Mark.

Schlesische

Verlagspreis: Durch den Träger 1000.— Mfr. pro Woche. Durch die Post Einzelnnummer 200 Mfr. 6500.— Mfr. pro Monat und Durchschrift des Differenzbetrages mit Monat Juni. — Abdruckungsstunden: 5—6 Uhr nachmittags Postfachkonto: Breslau Nr. 310 59. — Fernspr.: Breslau, Ring 8887

# Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlessen (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Nummer 117.

Mittwoch, den 23. Mai 1923.

5. Jahrgang.

## Bereinigungskongress der 2. und 2 1/2. Internationale

### Wütende Kommunistenhebe / Der Todesreigen der 2 1/2 Internationale / Ledebours Anlagerede

### Herr Birnbaum und die Arbeiterregierung

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Hamburg, 20. Mai.

Den Auftakt zum Hochzeitsfest der 2. und 2 1/2. Internationale bildet das Todesbringen der Wiener Arbeitsgemeinschaft. Als unentwegtester nicht Fröhlicher für die bedingungslose Hingabe an die 2. Internationale. Ebenso unentwegt kämpft Ledebour für die Aufrechterhaltung des immer kleiner werdenden Häufleins der 2 1/2, das für ihn den Kristallisationspunkt der Weltrevolution bildet. Als Referent und Korreferent erhalten sie Gelegenheit, Resolutionen für und gegen die Vereinigung zu begründen. Beidem wird jedoch nur eine halbe Stunde Redezeit zugewilligt.

Das Präsidium bilden Grimm-Schweiz, Longuet-Franzreich, Hillquith-Amerika. In der Mandatsprüfungskommission erscheint Arthur Grippen als Symbol dafür, daß diese letzte Tagung der 2 1/2. Internationale bereits unter der Vormundschaft der 2. Internationale steht. Im Namen der linken Sozialrevolutionäre gibt Steinberg die Erklärung ab, daß es ihm nicht darauf ankomme, ob seine Partei eine oder zwei Stimmen erhalte, daß er aber großen Wert darauf lege, daß seine Partei ihre Stimme ins Gewicht legen könne, um

#### gegen die Verschmelzung

zu stimmen. Nachdem sich die Versammlung zu Ehren des verstorbenen Martov erhoben hat, wird in die eigentliche Tagesordnung eingetreten. Mit nicht zu übertreffender Leidenschaftslosigkeit, weltfein und akademisch, trägt man Fröhlicher die Gründe vor, die für die Vereinigung mit der 2. Internationale sprechen. Er versucht, die Konstruktion glaubhaft zu machen, daß der heutige Schritt von denselben Erwägungen diktiert sei, wie die vor 2 1/4 Jahren erfolgte Gründung der 2 1/2. Internationale. Dabei entfährt ihm das Wort, die internationale Arbeiterbewegung sei ein „Problem der Geduld“. Die Wiener Arbeitsgemeinschaft habe die Arbeiterklasse vor weiteren Zerklüftungen bewahrt. Die 2. Internationale sei endgültig tot. Die größte Schwierigkeit für die internationale Arbeiterbewegung sei die Tatsache des „russischen Experimentes“. Man habe vor einem Jahre auf der Berliner Konferenz den Versuch gemacht, die Vertreter aller proletarischen Parteien zusammenzuführen. Der Versuch sei mißglückt, und es sei nicht aussichtsreich, ihn zu wiederholen. Er gebe zu, daß der Schritt, zu dem sich die Wiener Arbeitsgemeinschaft jetzt entschleibe, für sie ein „Opfer“ bedeute.

Fröhlicher empfiehlt einen Antrag des Exekutivkomitees zur Annahme, der das Wort des Sozialrevolutionärs Steinberg vom

#### Selbstmord der 2 1/2. Internationale

vollumfaßt bestätigt. Selbst nach den Ausführungen Fröhlichers konnte man kaum erwarten, daß sein Antrag eine vollkommene Billigung der veröffentlichten Statuten für die neue Internationale in sich schließt. Der ehemalige Revolutionär Fröhlicher stellt dieser Mißgeburt das Zeugnis aus, daß sie „die wichtigsten Grundzüge des internationalen Sozialismus in sich schließt“. Aber er salviert sein Gewissen. Die Form ist gewahrt. Man wird nicht in die 2. Internationale eingehen, sondern man wird sich auflösen, die 2. Internationale wird sich ebenfalls auflösen und dann wird, wie der Phönix aus der Asche, ein „Gebilde höherer Ordnung“ entstehen.

Georg Ledebour beginnt seine Ausführungen mit einer heimlichen Feststellung. Man habe aus dem Referat Fröhlichers nicht erkennen

können, zu welchem Zweck denn die Vereinigung vor sich gehen solle. Nach seiner Auffassung könne das Ziel nur sein die

#### Durchführung der proletarischen Revolution und die Erläuterung der sozialistischen Weltordnung.

Die Beschlüsse des Stuttgarter Weltkongresses hätten den Weltkrieg nicht verhindert. Nach dem Weltkrieg aber habe in Deutschland die Möglichkeit bestanden, die Macht in die Hände des Proletariats zu übernehmen. Auf die Frage: was hat die 2. Internationale bisher für die Weltrevolution geleistet? gebe es nur eine Antwort: absolut nichts! Sie habe sie vielmehr teilweise sehr empfindlich gehemmt. Die SPD sei alles andere als eine revolutionäre Partei. Es seien auch keinerlei Symptome da für irgendeinen Fortschritt im Sinne einer revolutionären Entwicklung dieser Partei. Sie stehe nach wie vor im

#### Bündnis mit den kapitalistischen Parteien.

Blindnis mit den kapitalistischen Parteien, sie sei in einzelnen Ländern Mitglied einer Koalitionsregierung und sie strebe der großen Koalition im Reich zu.

Nichts habe sich geändert seit der Gründung der Wiener Arbeitsgemeinschaft. Wo sind die Taten der internationalen Sozialisten auf dem Gebiet der Kriegsverhütung? Die Gelegenheit war da, als Poincaré ins Ruhrgebiet einfiel. In diesem Augenblick haben alle proletarischen Parteien versagt. Aber selbst, wenn man alles zugebe, was Adler gegen die kommunistische Bewegung und gegen die Sowjetregierung gesagt habe, so bleibe doch die Tatsache bestehen, daß die Bolschewiki, trotz aller Fehler und Mängel, eine proletarische Herrschaftsorganisation in ihrem Lande aufrecht zu erhalten wußten. Eine wirkliche, allumfassende internationale Bewegung sei unmöglich, wenn man diejenige Richtung ausschließt, die tatsächlich, praktische und dauernde Erfolge bei der Revolutionierung ihres Landes aufzuweisen hat. Er stehe nicht, wie Adler ihm unterstelle, auf dem Standpunkt des Abwartens. Aber die Vereinigung mit der 2. Internationale bedeute eine Schwächung und nicht eine Förderung der revolutionären Bewegung des Weltproletariats. Durch sie würden die Gegensätze zwischen der 2. und 3. Internationale noch tiefer aufgerissen. Die organisatorische Verschmelzung schaltet die internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien als belebende Kraft aus. Gerade die Erfahrungen in Deutschland bestätigen das. Man werde im internationalen Maßstab eine ebensolche Verflüchtung der sozialistischen Bewegung zu verzeichnen haben, wie sie in Deutschland nach der Verschmelzung der MSP stattgefunden habe.

Nachdem Ledebour nochmals seine Ablehnung jedes Zerfalls bekräftigt, erklärt er, daß seine Partei und eine Anzahl andere Parteien ihre organisatorische Selbständigkeit nicht aufgeben werden, bis eine Einheitsfront geschaffen ist, die die 2. und 3. Internationale umschließt. Er lehne es ab, eine einseitige Verbindung einzugehen mit den kapitalistisch verfaßten sozialistischen Parteien.

In einer Gegenresolution faßt Ledebour den Standpunkt seiner Gruppe nochmals zusammen und verlangt die Ablehnung der Vereinigung mit der 2. Internationale, obwohl er resigniert erklärt, daß es nicht wahrscheinlich sei, daß er mit seinem Standpunkt durchdringen werde.

Bei Beginn der Nachmittagsitzung teilt der Vorsitzende Grimm mit, daß Trosses und Modigliani von der SPD als Gäste anwesend sind.

Hillquith-Amerika: Die Vereinigung wird mehr eine Verarmung als eine Verbes-

serat sein. Der 2. Internationale folgt noch immer die größte Zahl der Arbeiter, ohne die sozialistische Revolution unmöglich ist. Escherich von der Tschechoslowakei rechnet mit den tschechischen Sozialdemokraten ab und erfährt schärfste Anklagen gegen ihre nationalistische Politik vor allem in der Ruhrfrage, wo sie sich geradezu auf den Standpunkt des französischen Imperialismus gestellt haben, was große Erbitterung in den Reihen der deutschen Arbeiter ausgelöst hat. Ferner gesteht er die Haltung der tschechischen Sozialdemokraten bei der Schaffung der „Schubgehe“ (Zuruf Ledebour: „Und mit denen wollt Ihr eine Liebesheirat schließen!“). Trosses erklärt, trotzdem den tschechischen Sozialdemokraten der Tschechoslowakei die Entscheidung schwer falle, seien sie für die Vereinigung.

Schmidt-Schweizer Minderheit: Die Vereinigung widerspricht den Thesen der Wiener Arbeitsgemeinschaft. Die Schweizer Minderheit wird die Vereinigung nicht mitmachen.

Abrahamowitsch-Menschewik: Beinhaltet die Gefahr der zu einer wüsten Bolschewistenhebe. Die russische Revolution sei ebenso gescheitert wie die deutsche. Die Bolschewiki hätten aufgehört, eine sozialistische Partei zu sein.

Steinberg-Winter Sozialrevolutionäre, hält unter wiederholten stürmischen Protestausdrückungen eine sichtbar schmerzhaft empfundene Anlagerede gegen die Reformisten. Sehr energisch wendet er sich gegen die vielfachen Angriffe auf die Bolschewiki. Reformisten, die sich sogar mit Bürgerlichen, mit Reaktionsären vereinigen, hätten kein Recht, die russischen Revolutionäre anzugreifen. Auf die Frage des Redners, was die englischen Reformisten denn eigentlich jetzt gegen den Krieg gelan hätten, gab es einen großen Lärm. Bessers Hilferding macht sich durch häßliche Zwischenrufe bemerkbar. Sehr redt man von Einigung und bei der Berliner Konferenz hätten die Reformisten eine einheitliche Aktion, und die Einberufung eines Weltarbeiterkongresses verhindert. (Von verschiedenen Seiten lärmende Zwischenrufe). Der Redner fügt weiter aus, daß sich die Reformisten anstatt mit revolutionären mit konterrevolutionären Elementen gegen Revolutionäre vereinigen.

Dobner, von den unabhängigen Sozialisten Polens, wendet sich in scharfen Worten gegen die militärischen Rüstungen Polens. Er erklärt sich gegen das Kompromiß mit der 2. Internationale und den deutschen Koalitionssozialisten und für den Antrag Ledebour. Die Partei werde an der morgigen Tagung teilnehmen, aber nicht in die neue Internationale gehen.

Der etwas ins Wanken geratenen Versammlung soll neuer Mut eingepeitscht werden durch Arthur Grippens Heldengestalt. In philosophischen Darlegungen über die Herbsttaten der Weltrevolution verkündet er, die Aufgabe der Vereinigungskongresse sei, die revolutionären Kräfte, deren Rückzug zum Stehen gekommen sei, aufs neue zu sammeln. Auch die kommunistischen Arbeiter würden sich nicht noch in das gemeinsame Lager kommen, wenn es der neuen Internationale gelungen sei, sie freizumachen von den unhaltbaren bolschewistischen Ideen und Bestrebungen.

Buxton von der Independent Labour-Party geht als erster auf die augenblickliche politische Situation ein. Während Paul Faure es in seinem Phrasenknäuel ängstlich vermeint, daß auf die Ruhrfrage eingegangen, schildert Buxton die drohende Kriegsgefahr. Die Vereinigung sei notwendig zum Kampf gegen die Kriegsgefahr und den Faschismus. Buxton hofft, daß auch der Zusammenschluß mit der 3. Internationale in nicht allzu ferner Zukunft erfolgen werde. Keine Gelegenheit, die dazu führen könne, dürfe verkannt werden.

Nun kommt noch ein Glanzstück: Modigliani von der SPD, läßt alle Register spielen. Vor allem hofft er, auf Ledebour zu wirken, indem er an sein Gefühlleben appelliert. Zimmerwald, Kienthal, alle gemeinsamen Erinnerungen marschieren auf. Schließlich ein Geständnis: die Kraft der Bourgeoisie und des Kapitals sei eben noch viel stärker als die des Proletariats. Die schwächeren sozialistischen Parteien müßten sich eben vor der Majorität der stärkeren Parteien beugen. Nicht die bolschewistischen, sondern die demokratischen Methoden seien die historisch überkommenen Methoden der internationalen Arbeiterbewegung.

(Fortsetzung auf der 2. S.)

we Breslau, 22. Mai.

Endlich hat sich die für Stimmes so heillos fruchtlose Breslauer „Volkswacht“ herbeigefallen, auch einmal ein Wort über die Arbeiterregierung fallen zu lassen. Die Bildung einer Arbeiterregierung in Deutschland, die Befestigung der sinnlosen Cuno-Regierung, das ist ein Ziel nicht nur der Kommunisten, sondern der gesamten Klassenbewußten Arbeiterschaft. Wiederholt haben die sozialdemokratischen Arbeiter den festen Willen zur Bekämpfung der Arbeiterregierung bekundet. Wir erinnern besonders an Sachsen, wo die Bildung des linkssozialdemokratischen Zeigner-Kabinetts eine wichtige Etappe zur Arbeiterregierung bedeutet.

Was erlaubt sich nun Herr Birnbaum von der „Volkswacht“ über die Arbeiterregierung zu schreiben? Wörtlich zitieren wir aus seiner Pfingstbetrachtung folgende Sätze:

„Eine Arbeiterregierung zu bilden, die Herrn Poincarés Rechnung für die Cunopolitik liquidieren soll und gleichzeitig im Innern außer den Rechtsradikalen noch das gesamte heutige Bürgertum gegen sich hätte, während noch keine der großen Arbeiterparteien des Auslandes die Macht in einem anderen Industriestaat ergriffen hat. — Das könnten uns heute eigentlich nur Goldspindel empfehlen, mögen sie bezahlt oder unbezahlt sein. Nein, die deutsche Sozialdemokratie wird erst abwarten müssen, bis das deutsche Volk die Probe auf das Exempel einer bürgerlich-nationalen Regierung zu allen ihren Wirtungen durchgestoßen hat.“

Der Mensch, der diese politische Weisheit den deutschen Arbeitern zu servieren wagt, ist nicht etwa der von Hugo Stimmes bezahlte Paul Bensch (dieser schreibt allerdings ähnlich), sondern wie gesagt, der ehrenwerte Herr Birnbaum. Er beschimpft hier pfeifen einen großen Teil seiner eigenen Parteigenossen als Goldspindel. Ob die sozialdemokratischen Parteimitglieder sich diese Gemeinheit gefallen lassen?

Herr Birnbaum lehnt die Arbeiterregierung ab, weil sie „Herrn Poincarés Rechnung für die Cunopolitik liquidieren soll“. Dabei weiß Herr Birnbaum recht gut, daß die SPD für die Cunopolitik vollinhaltlich mitverantwortlich ist. Nur durch das ausdrückliche Vertrauensvotum der Sozialdemokratie ist Cuno zur Regierung gekommen. Keinen Tag hätte Cuno sich behaupten können, hätten die SPD und die Gewerkschaften diesem schwerkapitalistischen Kabinett des Vertrauens entzogen. Der Hinweis auf die Cunopolitik ist also ein ganz gewöhnlicher Röstausfertigkeit.

Ohne Frage würde auch eine Arbeiterregierung in Deutschland vor der Tatsache des Versailler Friedens und der Ruhrbesetzung stehen. Aber die Liquidierung der Poincarérechnung durch eine Arbeiterregierung würde wesentlich anders aussehen, als durch eine Cuno-Regierung. Cuno wälzt mit Hilfe der SPD, Schuldenlast und Reparationen auf die Arbeiterklasse ab. In diesem Moment geht Stimmes daran, die Niederlage des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet durch neue Markentwertung, neue Steuerungsstellen und Preissteigerungen auf Kosten der wertvollen Massen auszugleichen. Mit einem Schlag sind wieder alle Arbeiterlöhne und Gehälter abgebaut. Untere Ernährung und Hungerkrankheiten bedrängen die Bevölkerung. Der proletarische Nachwuchs stirbt unter den gierigen Klauen des Wucher- und Schiebertums dahin. Da heißt Herr Birnbaum den traurigen Mut, Abwarten zu empfehlen, bis das deutsche Volk die mörderische

Politik der Stimmes und Komforten „in allen ihren Wirkungen durchgeföhrt hat“

Kann eine Arbeiterpartei, wie es die große mächtige SPD sein will, ihren politischen Zusammenbruch und Bankrott schimmer dokumentieren?

Die Schaffung einer wirklichen Arbeiterregierung ist das dringendste Gebot der Stunde. Nur sie kann wirkungsvoll mit der Unternehmergegarde des Faschismus aufräumen. Nur sie kann durch Entlassung der Sachverle, Verhaftung der großen Vermögenden und Abwälzung der Lasten auf das Großkapital die Arbeiter vor dem sicheren Untergange, vor Not und Verderben bewahren. Freilich, abzuwarten, bis das „heutige Bürgertum“ gnädigst gestaltet, eine Arbeiterregierung zu bilden (eine Arbeiterregierung von Stimmes' Gnaden — wofür ein Menstrum!), das kann nur einem politischen Rindstopf oder vollendeten Idioten einfallen. Kein Arbeiter, der nur einen Funken politischen Verstandes besitzt, wird derartigen Illusionen glauben. Eine Arbeiterregierung wird keine Koalition mit dem Bürgertum sein können, sie wird im harten Kampfe gegen das Bürgertum entstehen. Sind es doch gerade die ausschlaggebenden Kreise des Bürgertums, die Schwerindustrie, das Großgütervermögen, denen eine Arbeiterregierung an den Krügen gehen soll.

Die russischen Arbeiter und Bauern haben die politische Macht ihres Landes seit Jahren in ihren Händen. Die deutsche Arbeiterregierung würde keinesfalls allein stehen. Sie würde außer der tatkräftigsten Unterstützung der russischen Sowjetmacht die gemäßigtesten Sympathien der Arbeiterklasse der ganzen Welt besitzen. Darin liegt die Garantie ihres Sieges und ihrer Behauptung gegen den Spud des räuberischen Ententeimperialismus.

Aber Klassenkampf im eigenen Lande. Herr Birbaum, das ist es! Den fürchten Sie und Ihre laubere Internationale der Minister schlimmer als der Teufel das Kreuz. Wie lange wollen Sie warten, bis eine Arbeiterregierung möglich ist, die auch das Bürgertum auf ihrer Seite hat? Sie und die ganze sozialdemokratische Führerschaft können auf Grund ihrer sozialen Stellung vielleicht warten. Ihre Position ist gesichert. Aber das Proletariat kann nicht warten bei Strafe des Verfalls in die Barbarei.

Darum wird eine Arbeiterregierung zustande kommen, wenn nicht mit der SPD-Führerschaft, dann gegen sie, aber durch den Willen der im Kampfe geeinten Arbeiterschaft!

### Das zweite deutsche Angebot

Berlin, 21. Mai. Im Reichskabinett liegt ein Entwurf zu einem neuen Note an England vor, die viel Ähnlichkeit aufweist mit dem von Stresemann und dem Zentrum entwickelten Plänen. Der Entwurf legt die Betonung auf die Garantie und offeriert den Alliierten die Zölle, die Zigarettensteuer, das Branntweinmonopol und die Ueberrechte aus den Eisenbahnen. Neben die industriellen und landwirtschaftlichen Schwere frucht er kann und deutet nur an, daß vielleicht eine Steuer geschaffen werden könne, durch die diese Werte des Staats- und damit zu Reparationszwecken nutzbar gemacht werden. Die „Die Welt am Montag“ teilt mit, daß eine Einigung über den Entwurf noch nicht erzielt. Die meiste Schwierigkeit macht die Frage der Belastung der Privatwirtschaft. Im Reichsverband der Industrie ist man neuerdings, abgesehen von der Stimmengruppe, zu größeren Jugendschritten bereit, wenn das Reich bestimmte Forderungen erfüllen will. Die Verlängerung der Arbeitszeit und die Privatisierung der Eisenbahn spielen dabei eine Rolle. Es ist das alte Lied: Schonung der lebensfähigen Kreise, Belastung der kranken Bevölkerung, nur das diesmal noch ein neuer Aufzug der deutschen Bourgeoisie dazu kommt.

### Mülheim Nr. 2

Die „Deutsche Zeitung“ vom 19. Mai alarmiert den deutschen Episkopat: „Es muß endlich einmal gesagt werden, daß tatsächlich in allen Orten des Industriegebietes von Mülheim bis Bielefeld die proletarischen Hunderttausenden zu dem großen Schlage gerüstet sind und kampfbereit nur auf ihren Befehl warten. Aus vielen Orten — genannt seien nur Mülheim, Oberhausen und Gladbach — liegen Berichte vor, nach denen die Kommunisten in aller Öffentlichkeit Hebrungen abhalten, nachts sogar große Demonstrationen mit Beschlagworten abhalten.“ Der „Volksanzeiger“, der „Tag“, die „Zeit“ und die ganze faschistische Presseelemente sekundieren. Die beginnenden Sozialkämpfe auf den Zechen und in der Metallindustrie in Dortmund werden als kommunistische Ausschreitungen bezeichnet. Die Ausschreitungen, die für ihre Forderungen demonstrierten, wurden von Zechenbesitzern und Schupolizisten niedergedrückt. Ein Toter und viele Verwundete blieben auf der Straße.

Die Bourgeoisie hat System in der Geflorenheit, hungernde Arbeiter als Kommunisten und Streikende als Rotgardisten zu denunzieren. Die Forderung von Mülheim, bei der die Arbeitlosen dem glauben mußten, war die

erste Stappe. Jetzt sind die arbeitenden Proletarier an der Reihe. Der Zweck ist klar: die deutsche Bourgeoisie braucht eine ausgehungerte, niedergedrückte Arbeiterschaft, die sich willenslos ausbeuten läßt durch das deutsch-französische Konsortium, das sich in Reparationsgeschäften zusammenschließt. Die revolutionären Arbeiter, die noch nicht kuscheln und die eine gleich ernsthafte Gefahr für Voltaire's Goldbesitz und Gumos „erbare Kaufleute“ sind, müssen unschädlich gemacht werden durch Olge, Verleumdung, Hunger und Terror.

### Ausbreitung der Streikbewegung in Dortmund

Die Streikbewegung hat nunmehr von den Zechen auch auf die Metallindustrie übergegriffen. In den Hühlerwerken in Dortmund, die weit über 5000 Mann Beschäftigte haben, sind die Arbeiter noch am Sonnabend 10 Uhr abends in den Streik getreten. Ein starkes Polizeiaufgebot bedrohte die Streikposten und geleitete Streikbrecher, die aus den faschistischen Organisationen gewonnen wurden, zur Arbeit.

Der Dortmunder Polizeipräsident erließ eine Verfügung gegen die proletarischen Hunderttausenden, in der er das schärfste Vorgehen anordnete. Das Ganze macht den Eindruck, als ob eine systematische Propaganda der Dortmunder Arbeiterschaft geplant sei, um eine Handhabe gegen die proletarischen Hunderttausenden zu bekommen.

Zufällig meldet WZ heute Zusammenstöße zwischen Arbeitern und Polizisten in Dortmund. Unter Anwendung von Schuß- und Hiebwerkzeugen wurden die Straßen, durch die sich ein Demonstrationzug der Arbeiterschaft bewegte, von der Polizei „geäubert“. Die Polizei hatte drei Verwundete, die Arbeiterschaft viele Verwundete, deren Zahl jedoch nicht festgestellt werden konnte.

### Kampf gegen den bayerischen Ausnahmezustand

Die Arbeiterschaft in Bayern erkennt zum großen Teil mit erfreulicher Klarheit, was die Notverordnung der bayerischen Regierung vom 11. Mai für sie bedeutet. So hat das graphische Kartell in Augsburg sich in einer Versammlung damit beschäftigt und in einer einstimmig angenommenen Resolution entschiedenen Protest dagegen erhoben.

Die kommunistische Partei hat sich in Nürnberg an die anderen Arbeiterorganisationen gewandt, um ein gemeinsames Vorgehen gegen die neue Offensive der bayerischen Reaktion herbeizuführen. Die Situation wird durch folgenden Abschnitt des Offenen Briefes richtig gekennzeichnet: „Hat die bayerische Regierung diese Verordnung auch erlassen, um sich eine Waffe für das Eingreifen in die Auseinandersetzung zwischen dem weiß-blauen Separatistenjügel und dem schwarz-weiß-roten großdeutschen Jügel der Faschisten zu schaffen, so läßt die Begründung und die bisherige Erfahrung doch nur den Schluß zu, daß die ganze Schärfe der Verordnung in ihrer Anwendung nur gegen die Arbeiterschaft zur Geltung gebracht werden wird.“

Zufänglich verfolgt die Regierung Knüttling mit dem Ausnahmezustand zwei politische Ziele: sie will dadurch die reiflose Unterdrückung der Arbeiterbewegung erreichen und will gleichzeitig die entchiedensten und aktivsten Exponenten der Politik eines einheitlichen Deutschland unschädlich machen, um für ihre separatistischen Absichten die Bahn frei zu bekommen. Die kommunistische Partei, die im Interesse einer kraftvollen deutschen revolutionären Bewegung die hochverräterischen Absichten der Regierung rücksichtslos bekämpft, wird so mit der doppelten Schärfe der Verordnung getroffen.

Die kommunistische Partei in Bayern schläft nicht. Sie befindet sich mitten in der Arbeit, um auch in Bayern eine proletarische Einheitsfront, zunächst durch Zusammenweisung der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterwehren, herzustellen. Im bayerischen Landtag sagte der Genosse Herberich rücksichtslos dem völkerverhetzlichen Ministerium den Kampf an. Die bayerische Sozialdemokratie, die in der Unmöglichkeit einen radikalen Scheinkampf gegen die Hitler und Endenborff einseitig hat die Heim, Feld und Lager andererseits führt, hat es in der Hand, die proletarische Front zu schließen. Der Verlaut des 1. Mai hat bewiesen, daß die Arbeiterbewegung auch in Bayern noch nicht am Ende ist.

### Der Krieg an der Ruhr Neue Truppen

Nachdem am Sonnabend früh ein Bataillon der 17. Alpenjäger in Gelsenkirchen eingetroffen ist und in der früheren Unterstadt der Schuppen Quartier genommen hat, ist am Pfingstsonntag ein weiteres Bataillon des Alpenjägerregiments 30 in Gelsenkirchen eingetroffen und in den drei Volkshäusern untergebracht worden. Dadurch ist der ganze Unterbezirk über 20000 Einwohner zählenden Gebietes besetzt worden. Weitere Truppen werden am Dienstag früh folgen.

### Schützenfeuer einer französischen Wache in Mannheim

WZ Mannheim, 19. Mai. In der Nacht vom 18. zum 19. Mai, kurz vor 12 Uhr, erfolgte ein heftiges Schützenfeuer auf den übergehenden Passanten. Es wurde rücksichtslos nach allen Richtungen geschossen. Die Kugel wurde das Feuer auch gegen einen vollbelegten Straßeneingang gerichtet. Mehrere Schüsse trafen die Häuser benachbarter Straßen und den Weinbrunnen Brühlhof. Die Augenzeugen berichteten, seien etwa 120 bis 150 Schüsse. Bis jetzt wurden zwei Schwerwiegendste ins Krankenhaus eingeliefert. Die Häuser der Brühlhof sind durch Rauch und Schall sehr stark von einem einzigen Landsturm, der andere einen Zungehaken mit Verlegung des rechten Vorderarmes aufweist. Die Ber-

wichten befinden sich im Lebensgefahr. Der Grund der Schießerei ist unbekannt. Wie wir noch erfahren, haben vier Schiffe einen Wagen der elektrischen Bahn getroffen. Ein Schuß traf den Motor, so daß der Wagen unbrauchbar wurde. Daß die Franzosen ganz kriegerisch vorgehen, ist daraus ersichtlich, daß sie auch Leuchtflugeln verwendeten.

### Separatistenputsch in Trier

Am 14. Mai drang eine bewaffnete Gruppe Separatisten in das Trierer Elektrizitätswerk, dessen Belegschaft zurzeit in einer Versammlung war. Der Direktor Fleischmann wurde von den Donatisten aus dem Büro vertrieben. Als sich diese jedoch an die Arbeiter wandten, wurden sie von der Belegschaft aus dem Werk vertrieben. Die Separatisten hatten versucht, eine Demonstration auf die Straße zu bringen und die Rheinische Republik auszurufen. Der Plan ist an der einmütigen Ablehnung der Arbeiterschaft gescheitert.

### Der Pfingstochse

Die Deutsche Zeitung“ ergeht sich in frammen Pfingstbetrachtungen. Sie klagt, daß die alte Sitte, einen prächtig aufgezäumten Ochsen durchs Dorf zu führen, zum Schwanz herabgefallen sei: „Im Widerspruch zu der ursprünglichen Sitte wird heute vielfach gerade das schwächste, leht ausgelebte Vieh höhnend zum Pfingstochsen und zur Pfingstochse geschmückt, und das Verhalten dieser unschuldigen verpöchtelten Tiere bringt uns eine Verächtlichkeit mit uns selbst auf. So große geistige Vorzüge die Kinder sämtlich sonst haben — man erinnere sich bloß an die überaus weise Ablehnung jedes roten Lappens — die wahre Welterschauung geht ihnen dennoch völlig ab.“ Als Kommentar diene der Schlußsatz der Pfingstbetrachtung: „Armer, betrogener, deutscher Pfingstochse!“

### Baldwin oder Curzon

„Evening Standard“ zufolge verlautet, daß keine großen Veränderungen in der Zusammenfassung des Kabinetts eintreten werde. Lord Curzon sei wie es heißt, bereit, das Amt des Außenministers weiter zu führen. In gut informierten unionistischen Kreisen wurde mitgeteilt, daß Baldwin eine riesige Anhängererschaft in der City habe. Weiter verlautet, daß Sir Robert Horne auf Erluchen Baldwin's sich bereit erklärt habe, Schatzkanzler zu werden. Wahrscheinlich werde eine Zusammenkunft der unionistischen Partei am Dienstag oder Mittwoch nächster Woche stattfinden. Die die Blätter melden, wird Baldwin zugleich Premierminister und Führer des Unterhauses sein.

Als Nachfolger des zurückgetretenen Bonar Law werden der Minister des Auswärtigen, Curzon und der Schatzkanzler Baldwin genannt. Damit gewinnt der radikale konservative Flügel die Oberhand. Seine Vorherrschaft bedeutet eine entschiedene Stärkung des Rufstänke und Poincare-freundlichen Kurzes der englischen Regierung. Krassin erklärt in einem Interview, daß er wenig Hoffnung habe auf eine Beilegung des englisch-russischen Konfliktes.

### Die Hinterlist im Kampf gegen Sowjetrußland

In einer Unterredung mit dem Moskauer Berichterstatter des „Daily Telegraph“ trat Lichtsicherheit für Verhandlungen als einzige Methode zur Regelung der zwischen Großbritannien und Rußland strittigen Punkte ein. Wenn Curzon der Sowjetregierung in Bezug auf Verhandlungen nicht entgegenkommen könne, so sei der Abbruch der Beziehungen unvermeidlich. Die Sowjetregierung sei zu der Annahme gezwungen, daß die wichtigsten Beschlüsse nur ein Vorwand und ein Teil des vorher entworfenen Planes zur Herbeiführung des Rußes seien. Man konnte zu dem Schluß, daß Curzons Hauptbewegung die Schaffung wirtschaftlicher Schwierigkeiten war, um den Sturz der Sowjetregierung zustande zu bringen. Das sei ein aufschuldig Voraussetzungen beruhendes Ziel. Die Sowjetregierung behaupte im höchsten Maße, daß Curzon bei der Unterredung mit Krassin nicht den geringsten Versuch gemacht habe, irgendwelche Zugeständnisse zu machen, sondern einfach sein Ultimatum wiederholte.

### Deutsche landwirtschaftliche Interessen in Sowjetrußland

Zur Durchführung des landwirtschaftlichen Konzeptionsvertrages, der zwischen der deutschen Saatbaugesellschaft und dem russischen Landwirtschaftskommunariat geschlossen ist, wurde die „Deutsche russische Saatbau-A.G.“ mit einem Kapital von 1,8 Milliarden Mark gegründet worden. Aufgabe der Gesellschaft ist der Betrieb von Saatgutwirtschaften in Rußland. Diese Konzeption ist nach der Krupp'schen die zweite, eines deutschen Unternehmens erzielte landwirtschaftliche Konzeption in Rußland. Die Landwirtschaftskammer der Provinz Pommern trat an die Handelsvertretung Sowjetrußlands in Berlin mit dem Antrag auf Zulassung ihrer Vertreter in Rußland heran. Eine Reihe hoher deutscher Landwirte in Pommern lege für wirtschaftliche Konzeptionen, wie sie an die Firma Krupp gemacht wurden, ein lebhaftes Interesse an den Tag.

### Internationaler Jugendtag in Ulm

Am Sonnabend, den 19. Mai, Sonntag den 20. und Montag, den 21. Mai fand in Ulm der internationale Jugendtag der süddeutschen jungen Kommunisten statt. Der Jugendtag war ein gewaltiger Massenanstrengung, an dem über 5000 junge Proletarier teilnahmen. Die Fas-

chisten wagten es nicht, den gewaltigen Demonstrationzug anzugreifen; sie warfen erst nach Schluß des proletarischen Kunstfestes einige Gasbomben, ohne jedoch etwas anzurichten.

### Vereinigungskongress der 2. und 2 1/2. Internationale

(Schluß von der 1. Seite) Die Mandatsprüfungskommission erstattet nunmehr Bericht, aus dem hervorgeht daß 163 Delegierte antwortend sind, darunter 37 aus Österreich, 29 aus der Tschechoslowakei, 12 aus Deutschland.

Lebedeou r sagt in seinem Schlußwort, man könne auch außerhalb einer Internationale für die Einigung des Proletariats arbeiten, besser als in einer Organisation der heterogensten Elemente. Wir unterscheiden uns von Euch weil wir keine Einigung ohne Kommunisten wollen. Was uns auch von den Kommunisten trennt, uns

### verbündet. Muttsüberdacht.

Wieder wendet sich im Schlußwort heftig gegen Steinberg. Steinberg beginnt sodann mit dem Verlesen einer Erklärung, die gemeinsam von den deutschen Unabhängigen, Sozialrevolutionären und lettischen Delegierten gezeichnet ist. Die dieser Erklärung wird die verwerfliche Politik der Reformisten scharf gegeißelt. Steinberg kann die Erklärung nicht vollständig verlesen. Schon vorher hatten die Reformisten in einer wüsten Geschäftsordnungsdebatte, in der sich die Gemüter bis zur bedenklichen Faustkampfhöhe erregt hatten, die Verlesung der Erklärung verhindern wollen. Das schlechte Gewissen peitschte sie nun auf, die Verlesung tatsächlich zu verhindern. — Mit diesem grellen Mißton schloß die Tagung. — Also kein Sterben in Schönheit.

### Montag Vormittag.

Am 10 Uhr beginnt im überfüllten Riesensaal des Hamburger Gewerkschaftshauses der Internationale Kongress. Die Regie läuft viel besser als feinerzeit in Haag. Das Gebäude ist in weitem Umkreis vom sozialdemokratischen Selbstschutz Hamburg abgesperrt, der, mit schwarz-rot-gelben Abzeichen versehen, argwöhnisch jeden Eindringling mustert. Der mächtige Saal ist in rot, daneben auch in den Landesfarben der einzelnen Kongreßteilnehmer dekoriert. Der Pressetribüne gegenüber prangt die Fahne Mussolinis; ein böses Vorzeichen! Zur Eröffnung spielt ein ausgezeichnetes Orchester Wagner; ohne Zweifel das Höchste, was an Kraft zu dem der ganze Kongress fähig ist. Es folgt Gesang. Darauf sprach ein weibliches Fräulein Verse über die Schrecken des Krieges. Hoffentlich nahm Mandelstam sie sich zu Herzen.

Den Vorhitz des Kongresses überträgt man dem probolischen Zehnerauschuß der beiden Internationalen. Die Eröffnungsrede leitete Wels, Deutschland und Brade, Frankreich.

Leutlich begrüßt den Kongress im Namen der Hamburger SPD. Seine Rede war neben einigen Luftstößen gegen Reaktion und Faschismus eine einzige schamlose Kommunistenbeje.

Im Namen der Hamburger Regierung begrüßte die Tagung der sozialdemokratische Bürgermeister Stolten. Die Tatsache, daß er, Redner, jetzt Bürgermeister der alten Patrienrepublik Hamburg sei, zeige, was sich alles in Deutschland seit 1918 geändert hat. Der Grundton seiner Rede war, daß wir es in Deutschland herrlich weit gebracht!

Die nächste Begrüßungsrede hielt Odegeest im Namen der Amsterdamer Internationale. Gimmern der konst der Festredner der Amsterdamer war, in den Drahtzähnen dieses Kongresses offenbar nicht mehr stubenrein. Redner freute sich über die Einigung aller Arbeiterparteien, die auf dem Boden der Demokratie stehen. Wels dankt darauf den Hamburgern für ihre Vorbereitungsarbeit, bedankt sich im Namen des Präsidiums für alle Begrüßungen, feiert die Einheitsfront London-Wien-Amsterdamer, die trotz der Wut der Kommunisten zustande komme.

Schließen wir uns zusammen gegen die Kommunisten, die Störer der Einheit der Arbeiterschaft! — So spricht ein Mann, der auf Proletariat schiefen sieht. — Brade, im Namen der Sozialistischen Partei Frankreichs, wurde mit stürmischem Beifall begrüßt, zumal er seine französische Rede mit ein paar deutschen Sätzen schloß. Er betonte, daß er mit Wels völlig übereinstimme. Er feierte die alte Internationale vor dem Krieg und versicherte, daß die neue Hamburger Internationale im gleichen Sinn arbeiten werde.

### Vom Tage Explosion — 5 Tote

Die Straßfurter Volksstimme meldet: Bei der Entladung von Granaten in der Munitionsbewertungsfabrik Kollsteden ereignete sich eine schwere Explosion, bei der fünf Personen tödlich verletzt wurden.

### Mord auf der Straße

In der Nacht zum Pfingstsonntag wurde auf der Straße nach Ourlau der Arbeiter Migenda durch einen Schuß in den Rücken tödlich verletzt. Darauf hat der Mörder seinem Opfer zahlreiche schwere Schläge mit dem Revolver veretzt, so daß der Schädel an mehreren Stellen eingedrückt wurde. Migenda war sofort tot. Der Ermordete war früher Gastwirt in Reichenbach in Schlesien und lebte von seiner Frau getrennt. Von dem Täter fehlt bisher jede Spur.

### 32 Auswanderer ermordet?

Reuter meldet aus Merito: Aus dem Rio Grande sind bei Caredo 32 Leichen gefolgt worden. Man glaubt, daß es sich um Italiener und andere Ausländer handelt, die bei dem Versuch, nach Amerika zu gelangen, ermordet und beraubt worden seien.

Die ernste Lage erfordert ernste Taten!

Die kapitalistische Generaloffensive gegen das Proletariat hat begonnen — Das Proletariat muß die kampfbereite Einheitsfront organisieren — Schafft sofort Betriebs-Hundertchaften und Kontrollausschüsse

Der Landesausschuss der sächsischen Betriebsräte sowie der Reichsausschuss der deutschen Betriebsräte haben zur politischen und wirtschaftlichen Lage Stellung genommen.

An alle Arbeiter, Angestellten und Beamten Deutschlands! An alle Betriebsräte und Vertrauensleute!

Kollegen! Der Ausschuss der deutschen Betriebsräte hat seit seiner Wahl im November des vorigen Jahres noch nicht in einer so kritischen politischen Situation getagt wie der gegenwärtigen.

Im Ruhrkrieg bereitet sich eine Kapitulation der deutschen Bourgeoisie vor dem französischen Imperialismus auf Kosten des Proletariats vor. An der Ruhr sind es heute nur noch die Klassenbewussten Arbeiter, die sich ernsthaft bemühen, den Raubzug des französischen Imperialismus zu bekämpfen.

Schmachvolle Kapitulation

Kann die Großbourgeoisie nur durchführen, wenn sie dem in Kleinbürgerlichen Kreisen bereits um sich greifenden nationalen Ragejammer ein Ventil öffnet, indem sie alle Furchen des kapitalistischen Nationalismus auf die reaktionäre Arbeiterklasse hegt.

In Bayern wurden in den letzten Wochen durchschnittlich wöchentlich 5-6 Arbeiter von den Faschisten ermordet. Jetzt hat die bayerische Faschistenregierung Anweisung erteilt, eine Ausnahmeverordnung gegen links erlassen, durch die der faschistische Terror legalisiert und jeder Abwehrversuch der Arbeiterklasse zum Staatsverbrechen gestempelt wird.

Am Reichstag wurde von der bürgerlichen Mehrheit ein Gesetz zum Schutze der faschistischen Aufmarschversammlungen angenommen.

Aus dem preussischen Landtag haben die rechtsgerichteten Führer der Sozial-

demokratie gemeinsam mit den Deutschnationalen die kommunistischen Abgeordneten durch ausgebildete Preisbörser hinauswerfen lassen, um ihre warnende und die Arbeiterschaft zum Kampf aufrufende Stimme zu unterdrücken.

Gegen die linksgerichtete Regierung in Sachsen steht die Regierung Cuno in Sachsen und an seinen Örgen bereits Reichswehr zusammen. Die rechtsgerichteten sozialdemokratischen Führer unterwühlten die proletarische Einheitsfront in Sachsen, auf die sich die Regierung Zeigner stützt; sie sabotieren die gemeinsamen Abmachungen der sozialdemokratischen Siebenerkommission und der RPD.

Severing und alle Minister der Bourgeoisie haben bereits einen wilden, grobangelegten Feldzug gegen die proletarische Einheitsfront, gegen die proletarischen Abwehrhundertchaften und Kontrollausschüsse, kurz, gegen jede revolutionäre Bewegung des Proletariats angefangen. Man will nur erst mit Poincare zu einer Verständigung kommen.

Gleichzeitig beginnen bereits die Börsenwölfe und kapitalistischen Haisjäger einen neuen großen Angriff auf die Lebenshaltung des werktätigen Volkes, durch noch größere Ausbeutung und Ausplünderung der werktätigen Massen die ungeheuren Kosten des Ruhrkrieges und der Unterwerfung unter den französischen Imperialismus zu decken. Der Dollar steht bereits über 40 000, während die Löhne wie noch nie hinter der wachsenden Steuerlast zurückbleiben.

Diese Zuspitzung der Lage in Deutschland wird begleitet von einem neuen Vorstoß des internationalen Kapitalismus und Faschismus gegen den wichtigsten Stützpunkt des internationalen proletarischen Klassenkampfes, gegen Sowjetrußland. Der englische Imperialismus hat eine freche Drohnote an die Sowjetregierung

gerichtet, in der mit dem Abbruch aller Beziehungen, d. h. mit neuem

Krieg gegen Sowjetrußland

gedroht wird, wenn die Sowjetregierung nicht den Wünschen der englischen Milikardäre Rechnung tragen will. Die Ermordung des Genossen Worowski in Lauseane war die erste Folge der Kriegserklärung des internationalen Kapitalismus an Sowjetrußland.

Angesichts dieser Lage wird es insbesondere die Aufgabe des deutschen Proletariats sein, in die internationale kapitalistische Front gegen Sowjetrußland Dresche zu schlagen.

Kollegen! Wir stehen am Anfang einer neuen kapitalistischen Generaloffensive mit den größten Gefahren für die politische und soziale Lage der Arbeiterschaft und für die proletarische Einheitsfrontbewegung.

Gerade in dieser Situation ist eine kampfbereite proletarische Einheitsfront notwendiger denn je. Welt in den letzten Wochen die Sammlung der deutschen Arbeiterschaft zu einer kampfbereiten Einheitsfront große Fortschritte gemacht hat, darum sollen diese Anträge im Reime erstickt werden, sobald die Verständigung mit Poincare abgeschlossen ist.

Diese große Gefahr kann nur abgewehrt werden, wenn die Betriebsräte und Vertrauensleute sofort alle Kräfte anstrengen und in kürzester Zeit in allen Orten und Betrieben Deutschlands die proletarische Einheitsfront organisieren.

Der Landesausschuss der Betriebsräte fordert deshalb die Betriebsräte und Arbeiter auf, bis zum 10. Juni in allen größeren Betrieben Betriebs-Hundertchaften zu bilden, die sich aus Arbeitern ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit zusammensetzen.

Bis zum gleichen Termin sollen in allen größeren Orten Kontrollausschüsse geschaffen werden.

Es ist Ehrenpflicht jedes Klassenbewussten Kollegen, dafür Sorge zu tragen, daß überall dort, wo noch keine Kontrollausschüsse bestehen und keine Betriebs-Hundertchaften gebildet sind, dies bis zum festgesetzten Termin durchgeführt wird.

In der Frage der Hundertchaften weisen wir ausdrücklich darauf hin, daß nach Wohn-

bezirken organisierte Parteihundertchaften sehr Gefahr für die Betriebs-Hundertchaften sind und der Verwirklichung der proletarischen Einheitsfront hemmend im Wege stehen. Die Arbeiterschaft in allen Betrieben ist angesichts der bestehenden ersten Gefahren durch die Betriebsräte und, wo diese versagen, durch die Vertrauensleute für die Bildung der Hundertchaften zu mobilisieren.

Wir fordern alle Arbeiterorganisationen, die es mit dem Kampf gegen Reaktion, Faschismus und Mucker ernst meinen, auf, sich an der Bildung der Betriebs-Hundertchaften und der Kontrollausschüsse zum Kampf gegen den Mucker zu beteiligen.

Kollegen! Sorgt dafür, daß schnellstens überall Betriebsversammlungen stattfinden, die zur Mobilisierung der Arbeiterschaft und zum Kampf gegen den Faschismus Stellung nehmen.

Schaltet zu Taten, Worte sind genug gesprochen!

Nehmt überall, wo noch keine Kontrollausschüsse sind, in Betriebsräte-Vollversammlungen zum Kampf gegen den Mucker und zur Bildung des Kontrollausschusses Stellung.

Kollegen! Wenn wir auf diese Weise eine kampfbereite proletarische Einheitsfront organisieren, dann werden wir nicht nur in der Lage sein, den beginnenden Angriff der Großbourgeoisie abzuwehren, sondern darüber hinaus die Cuno-Regierung zu beseitigen, das Zustandekommen einer bürgerlich-sozialdemokratischen Koalitionsregierung zu verhindern und eine Arbeiterregierung aufzurichten.

Dann werden wir auch in der Lage sein, unsere schwerbedrohten russischen Brüder im Kampf gegen das internationale Kapital aufzu unterstützen.

Der Ausschuss fordert angesichts der ersten politischen Lage alle Klassenbewussten Arbeiter auf, in den nächsten Wochen

außergewöhnliche Mitteln zu entsenden. Sonst ist es nicht möglich, bis zum festgesetzten Termin die aufgestellten Ziele zu erreichen.

Drum auf, an die Arbeit!

Es lebe die kampfbereite proletarische Einheitsfront!

Es lebe Sowjetrußland und der internationale proletarische Klassenkampf!

Aus Breslau

„Pflichtgeheimnis“

Man schreibt uns: Den Arbeitern der Vinkel-Hoffmann-Werke wurde am 11. Juni nachfolgender Pflichten durch Anschlag unter die Nase gesetzt.

Bekanntmachung.

Die Arbeitnehmer werden erneut aufgefordert, die stündige Arbeitszeit voll innezuhalten.

Dauernde Unpünktlichkeit der Arbeitnehmer bestraft uns

- a) für das Nichtstempeln der Zeitkarten, b) für das Zuspätkommen, c) für das vorzeitige Aufhören, bevor das Schlußglocken ertönt.

folgende Ordnungs-Strafen festzusetzen:

Erstmalig erfolgt eine Verwarnung. Im 2. Falle 10% von der Standardziffer, in jedem folgenden Falle weitere 10% bis zur Höchststrafe von 50% der Standardziffer. Außerdem wird den Zuspätkommenden, deren Zeitkarten von 01-06 Minuten gestempelt sind, die erste Stunde mit 90% und von 07-12 Minuten mit 80% bezahlt.

Breslau, den 15. Mai 1923

Die Direktion des Betriebes

Auch dieses Dokument trägt dazu bei der Arbeiterschaft zu zeigen, wohin der Kurs geht.

es auch für sie Zeit ist, sich den Schlaf aus den Augen zu reiben. Den Betriebsräten vom Werk aber, müßte dieser neueste Anschlag Beweis genug sein, um zu begreifen, was sich durch bekommt immer mehr Frigidität. Die Zeit des Ausweichens ist vorbei, hier heißt es Front machen.

Eine zweite Zuschrift, die sich mit derselben Angelegenheit befaßt, lautet: „Beim Lesen dieses Strafgesetzes steigen einem unwillkürlich Zweifel auf, ob wir tatsächlich in der freiesten so sehr gepriesenen Republik, oder noch in der Wilhelmianischen Zeit leben.“

Nun haben wir doch in Betrieben unsere Vertreter, die Betriebsräte, welche unsere Interessen vertreten sollen. Wenn unter diesen ein einziger Klassenbewusster Vertreter der Arbeiter wäre, hätte er alles mögliche versuchen müssen, diesen Ausbruch von Seiten der Direktion zu verhindern. Oder finden unsere Betriebsräte diese dauernde Androhung und Abzüge von Strafgeldern ganz in Ordnung?

Arbeitsgemeinschaft, der friedlichen Verständigung zwischen Unternehmern und unseren Vertretern, ebenso wie unsere Löhne die nicht hin und her reißt. Darum Kollegen, verlangt sofort von euren Betriebsräten und Vertrauensleuten, daß sie Schritte unternehmen, um die Infragestellung dieses neuen Strafgesetzes zu verhindern.

Nehmt Stellung dazu im Betriebe! Zeigt den Unternehmern, daß ihr nicht gewillt seid, euch noch mehr zu Erlassen machen zu lassen!

Die Tagesordnung der Stadtverordneten-Versammlung

am nächsten Donnerstag, enthält Dringlichkeitsanträge, welche die „Erhöhung“ der Arbeiterlöhne und Beamtengehälter betreffen, d. h. der Vorkriegsgehalt wird weiter fortgesetzt. Die Stadtverordneten werden nach dem Dr. Wajsborski und Herchel das gewohnte, komische Quasi vorgeht haben, den Arbeitern und Beamten einige Prozent Zuschläge auf die Hungerlöhne gewähren. Löhne und Gehälter werden aber trotz der Erhöhung relativ niedriger bleiben als im März.

Ferner sollen auf ständiges Erfragen der Erwerbslosen endlich die lang angeforderten Notstandsarbeiten ausgeführt werden. Der hierfür ausgeworfene Betrag beläuft sich auf 200 Millionen Mark und ist im Verhältnis zu der großen Zahl der Dresdener Erwerbslosen durchaus mäßig.

Die Debatte namentlich über die Dringlichkeitsanträge, dürfte recht interessant werden. Hoffentlich nehmen sich die städtischen Arbeiter ein Beispiel an den Hausbesitzern. Dieselben sind auf der Jahrvollversammlung immer reichlich vertreten, wenn ihre Interessen zur Beratung stehen.

Stiller dürfen freilich auch mal eine Bemerkung rückwärts ohne den sozialdemokratischen Stadterverordnetenvorsteher gerügt zu werden. Den Arbeitern droht Herr Danneberg, wenn sie eine halbblauete Forderung machen, halb mit der Räumung der Jahrvollversammlung. Unsere Genossen dürfen sich aber trotz dieses provokierenden Verhaltens des angeblich sozialdemokratischen Stadterverordnetenvorsteher nicht davon hindern lassen, am Donnerstag in der Stadt-

Eine Straßenschlacht 830 Mark

Wie verlautet wird, bereitet der Magistrat einen Dringlichkeitsantrag vor, der die Erhöhung des Straßenschlacht von 250 auf 300 Mk. vorsetzt und der nächsten Stadtverordnetenversammlung zur Beratung unterbreitet werden soll.

Änderungen beim Lohnsteuerabzug

Der Betrag der Lohnsteuer um 10 Prozent des Arbeitslohnes ermäßigt sich vom 1. Juni ab:

- 1. für den Steuerpflichtigen und für seine zu seiner Haushaltung zählende Ehefrau: a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Monate um je 1200 Mk. monatlich, b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Wochen um je 288 Mk. wöchentlich, c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Arbeitstage um je 48 Mk. täglich, d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für kürzere Zeiträume um je 12 Mk. für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden. 2. für jedes zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende minderjährige Kind: a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Monate um 8000 Mk. monatlich, b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Wochen um 1920 Mk. wöchentlich, c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Arbeitstage um 320 Mk. täglich, d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für kürzere Zeiträume um 80 Mk. für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden. Kinder im Alter von mehr als 17 Jahren, die Arbeitsentlohnungen beziehen, werden nicht mitgerechnet. 3. zur Abgeltung der Werbungskosten: a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Monate um 10 000 Mk. monatlich, b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Wochen um 2400 Mk. wöchentlich, c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Arbeitstage um 400 Mk. täglich, d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für kürzere Zeiträume um 100 Mk. für je zwei



# Zur Lage in den Gewerkschaften

Resolution des Zentralausschusses vom 16.—17. Mai 1923

I.

Die Politik des Schwerkapitals und der Reichsregierung, der Arbeitgeberverbände und der staatlichen Verwaltung, die seit Jahr und Tag von den reformistischen Gewerkschaftsführern unterstützt wird, hat nicht nur eine fortgesetzte Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiter gezeitigt, sie bogt sich auch mit voller Wucht gegen die Gewerkschaften selbst zu kehren. Diese vom Schwerkapital bewußt und planmäßig durchgeführte Politik hat zu einer Zerschlagung der finanziellen Kräfte der Gewerkschaften geführt, die Arbeiterbewegung in jeder Hinsicht geschwächt und den Faschismus zu einer Lebensgefahr besonders auch für die Gewerkschaften gemacht.

II.

Der Ruhrkrieg, geführt nur auf Kosten des Proletariats, wiederum mit Unterstützung der reformistischen Gewerkschafts-Diktatur, verschärft die Lage ganz außerordentlich. Die Offensive des internationalen Kapitals wird mit verheerender Wucht besonders die deutsche Arbeiterklasse treffen. Die bevorstehende Kapitulation im Ruhrkampf, die eine Katastrophe für die gesamte deutsche Arbeiterklasse nach sich ziehen muß, wird auch die Gewerkschaften in eine überaus ernste Gefahr bringen, da die rechten Führer, fast restlos Mitglieder der sozialdemokratischen Partei, gewillt sind, das Stimmprogramm mit Hilfe der Gewerkschaften durchzuführen. Deshalb sind die Gewerkschaften unter der gegenwärtigen Führung unfähig, den notwendigen Abwehrkampf gegen den mörderischen Kapitalismus zu führen.

III.

Die reformistischen Gewerkschaftsführer sabotieren die Bildung der proletarischen Einheitsfront für die Erhaltung des Achtstundentages, für auskömmliche Löhne, für die Erhaltung der Sachwerte und Besteuerung des Reichtums, gegen die Lohnsteuer, gegen den Faschismus, für proletarische Abwehrorganisationen und für eine Arbeiterregierung.

IV.

Dieselben Gewerkschaftsführer, die während des Krieges und der revolutionären Kämpfe die Gewerkschaften stets ungehemmt für die politischen Zwecke im konterrevolutionären Sinne ausgenutzt haben, proklamieren jetzt, in einer Zeit, in der sich die gesamte Arbeiterklasse wie auch besonders die Gewerkschaften in einer überaus schweren Gefahr befinden, wieder die angebliche „Neutralität“ der Gewerkschaften, um damit um so besser ihre arbeiterschädliche Politik durchzuführen.

V.

Die Politik der Bourgeoisie und ihrer Regierung hat zu einem gewaltigen Produktionsverfall, zu immer größerer Arbeitslosigkeit und Zunahme der Kurzarbeit geführt. Zu Tausenden und Zehntausenden werden die Arbeiter und Angestellten auf die Straße geworfen, mit ein paar Bettelstücken der Erwerbslosen-Fürsorge oder aus dem Korruptionsfonds der Rhein-Ruhr-Hilfe abgeholfen. Das Unternehmertum erhält so die Mög-

lichkeit, sich eine Reservearmee billiger Lohnsklaven zu schaffen, auch auf diesem Wege den Kampf gegen den Achtstundentag und für gesteigerten Lohnabbau verschärft fortzusetzen. Die Massen der Erwerbslosen bedeuten auch eine Gefahr für die Gewerkschaften, deren Kampfkraft gegen das Kapital gelähmt wird. Gegenüber dieser Gefahr unternahmen die Gewerkschaftsführer bisher nichts. Diese Vernachlässigung der Interessen der Erwerbslosen führt jedoch zur Auslieferung der noch im Arbeit stehenden an die Willkürherrschaft des Unternehmertums.

VI.

Aber eine weitere, noch größere Gefahr entsteht aus der ständig zunehmenden Erwerbslosigkeit, aus der Passivität und schädlichen Politik der Gewerkschaftsbürokratie. In wachsender Zahl wenden sich die Arbeiter von den Gewerkschaften ab, werden gleichgültig. Die Zahl der Unorganisierten vermehrt sich. In ihrer Hoffnungslosigkeit und ihrer verzweifelten Lage werden sie zum willkommenen Objekt des Faschismus. Schon haben die Faschisten verstanden, diese Schichten der Arbeiter, denen durch die schändliche Politik der rechten Gewerkschaftsführer der Glaube an ihre eigene Kraft geraubt wird, in ihren Bann zu ziehen. Faschistische Betriebsräte sind gewählt, faschistische Gewerkschaften organisiert worden. Der Bundesleitung des NSDAP sind diese Zustände und die daraus entstehenden Gefahren für die deutsche Arbeiterklasse wohl bekannt. Trotzdem haben sie bisher nichts getan. Ihre Untätigkeit läuft auf eine direkte Unterstützung der faschistischen Bestrebungen hinaus. Werden diese von Erfolg gekrönt, so ist bis zur Vernichtung der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung überhaupt nur noch ein Schritt. Die hieraus resultierenden Folgen sind zu ermessen an den Zuständen in Italien.

VII.

Die erste Abwehrstellung, in die die gesamte Arbeiterklasse durch die Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie gedrängt worden ist, hat zu ernstlichen Differenzen auch in der Amsterdamer Internationale geführt, in der sich Elemente regen, um eine wirklich proletarische Klassenpolitik durchzuführen. Die überwiegende Mehrheit der Amsterdamer aber treibt überall dieselbe Politik wie die Reformisten in Deutschland.

VIII.

Eine solche Führerpolitik muß die Gewerkschaften weiterhin in die schwersten Gefahren bringen. Die Opposition wird wachsen und die Position der reformistischen Gewerkschaftsführer ernsthaft bedrohen. Eben deswegen werden diese Führer durch den Ausschluß der oppositionellen Wortführer ihre Stellung zu retten versuchen, unbestimmt darum, ob dadurch den Gewerkschaften Hunderttausende von Mitgliedern verloren gehen oder ob die Gewerkschaften gar gespalten und zertrümmert werden. Diese reformistischen Führer wissen, daß sie, wenn sie nicht für die Interessen der Arbeiterklasse

kämpfen, sie zwangsläufig genötigt sind, gegen die Interessen der Arbeiter aufzutreten. Es ist offensichtlich, daß große Teile der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie bewußt und systematisch die Spaltung der Gewerkschaften betreiben, um dann ungestört mit kommunistischen Gewerkschaften ihre bürgfriedliche arbeitsgemeinschaftliche Politik auch weiterhin durchführen zu können.

IX.

Indem der Zentralausschuß auf die sich häufenden Willkürakte gegen die Kommunisten und Oppositionellen in fast allen Gewerkschaften verweist und das arbeiterschädliche Treiben der Gewerkschaftsführer brandmarkt, fordert er die Gewerkschafts-Mitglieder auf, den härtesten Kampf gegen die Zerfallser und Zerfallser zu führen. Er betont mit allem Nachdruck, daß die Notwendigkeit geschlossener, mächtiger, von revolutionärem Geist erfüllter Gewerkschaften noch nie so dringlich war wie gegenwärtig. Angefichts des Spaltungswillens der reformistischen Gewerkschaftsführer macht sich der Zentralausschuß die Worte zu eigen, mit denen Genosse Sinojew auf dem 4. Weltkongreß die Einigkeit der Gewerkschaften befürwortete:

„Wir hassen die Spaltung, wir fürchten die Spaltung, wir halten sie für die größte Gefahr; denn wir wissen: die Zukunft in den Gewerkschaften gehört uns, und weil wir Amsterdamer das wissen, wollen sie rechtzeitig im Interesse der Bourgeoisie die Gewerkschaften spalten. Kein Preis ist uns zu hoch, um die Massenorganisationen des Proletariats kampffähig zu machen. Das ist keine Strategie, sondern unsere innerste Lebenszeugung.“

Der Zentralausschuß fordert von neuem alle Arbeiter und Arbeiterinnen auf, den Gewerkschaften beizutreten und sie zu wirklichen Klassenorganen des Proletariats zu machen. Besonders die enttäuschten und an der Gewerkschaftsführung verzweifelnden Arbeiter fordert der Zentralausschuß auf, wieder in die Gewerkschaften einzutreten und aktiv mitzuhelfen, den Saboteuren des Klassenkampfes das Handwerk zu legen.

X.

Um den breiten Massen stets aufs neue zu zeigen, wer die wirklichen Feinde der Gewerkschaftsarbeit sind, fordert der Zentralausschuß weiterhin die Parteimitglieder in den ausgeschlossenen Ortsgruppen der Bauarbeiter, Eisenbahner, Fabrikarbeiter und Landarbeiter auf, trotz der Sabotage der rechten Gewerkschaftsführer keinen Augenblick in dem Kampfe um die Wiederaufnahme in die zuständigen Organisationen zu erlahmen. Es gilt, vor der gesamten Arbeiterklasse immer wieder zu betonen, daß die reformistischen Gewerkschaftsführer nicht nur die Spaltung in den betroffenen Orten und Verbänden verursacht haben, sondern daß sie es auch sind, die die Fortdauer der Spaltung verschulden. In dieser ernstlichen Situation muß jede Gelegenheit ausgenutzt werden, um in der breitesten Öffentlichkeit konkrete Vorschläge für die Wiedervereinigung zu machen. Der Zentralausschuß erwartet, daß derartige Bemühungen von der Opposition innerhalb der Gewerkschaften tatkräftig unterstützt werden.

XI.

Ein Teil der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie nimmt den Leipziger Parteitag als Beschluß in der Gewerkschafts-Vertragsfrage als Anlaß zu neuem Vorgehen gegen die revolutionären Elemente in den Gewerkschaften. Der Zentralausschuß stellt sich daher veranlaßt, den Leipziger Beschluß wie folgt schärfer zu umreißen:

„Der jeweils von der Zentrale festzusetzende monatliche Sonderbeitrag zur Finanzierung unserer Arbeit in den Gewerkschaften ist ein Teil des regulären Parteibeitrages. Wie dieser, so ist auch der Sonderbeitrag zu rufen die Parteimitglieder der obligatorisch.“

Der Zentralausschuß erinnert die Parteimitglieder daran, daß der Jenaer Parteitag jedes Mitglied, das nicht aus den Gewerkschaften ausgeschlossen ist und für das die Möglichkeit der gewerkschaftlichen Organisation besteht, verpflichtet hat, sich gewerkschaftlich zu organisieren, und daß Funktionär der Partei nur sein kann, wer gewerkschaftlich organisiert ist. Der Zentral-Ausschuß fordert die Partei-Organisationen auf, dafür zu sorgen, daß dieser Beschluß durchgeführt wird.

Die Partei-Organisationen sind verpflichtet, den Ausbau der Betriebs- und Verbandsstrukturen und deren brüderliches Zusammenwirken in roten Kartellen überall durchzuführen und den darin tätigen Genossen mit Rat und Tat beizuhelfen.

So notwendig, wie die kommunistische Fraktionsarbeit ist, ist ein richtiges Verhältnis zu den aus parteilosen, unabhängigen und sozialdemokratischen Arbeitern bestehenden Oppositionen. Wo immer es sich für möglich erweist, müssen unsere Genossen die Initiative ergreifen, um ein gemeinsames Vorgehen der gesamten Opposition herbeizuführen. Besonders bei Wahlen zu Ortsverbänden, Delegationen zu Gau- und Verbandstagen, bei Lohnbewegungen, Durchführung der politischen Kämpfe und Stellungnahme zu politischen Fragen.

XII.

Aus der gegenwärtigen Lage ergaben sich für die revolutionären Gewerkschaftler folgende besondere Aufgaben:

1. Der drohenden Gefahr der Spaltung gegenüber ist eine Kampagne für die Einheit und gegen die Spaltung der Gewerkschaften durchzuführen.
2. Zur Stärkung der Kampfkraft der Gewerkschaften ist unter den organisierten Arbeitern eine besondere Propaganda für den Eintritt in die Gewerkschaften zu betreiben.
3. Gegenüber der fälschlichen Lohnpolitik der rechten Führer muß dafür gekämpft werden, daß die Gewerkschaften alle Machtmittel, sei es auf wirtschaftlichem wie politischem Gebiete, einlegen, um auskömmliche Löhne und Gehälter zu erzwingen.
4. In allen Verbänden dafür zu kämpfen, daß diese sich mit der ganzen Kraft der Erwerbslosen annehmen, deren Interessen gegen über Staat und Unternehmertum auf das energischste verteidigen.
5. In Betrieben und Gewerkschaften ständig auf die faschistische Gefahr aufmerksam zu machen, die Organisationen zu zwingen, die vereinte Kraft aller Gewerkschaften zu

## Ein rotes Buch.

Ein sozialer Roman von Leo London.

18. Kapitel

Im Dunkel von Sonoma.

Von mir selbst ist während dieses Zeitabschnitts nicht viel zu sagen. Sechs Monate wurde ich in Haft gehalten, obgleich ich keines Vergehens beschuldigt war. Ich war verdächtig — ein beängstigendes Wort, das bald alle Revolutionäre kennen lernten. Aber unser eigener Geheimdienst fing an zu wirken. Am Ende des zweiten Monats meiner Gefängniszeit gab sich mir einer der Gefängniswärter als ein mit der Organisation in Verbindung stehender Revolutionär zu erkennen. Einige Wochen nachher zeigte sich, daß Joseph Barthurst, der erst seit kurzem angestellte Anstaltsarzt, Mitglied einer der Kampfgruppen war.

So arbeitete ich durch die Organisation der Oligarchie unsere eigene Spinnwebarbeit unbehindert durch. Und dadurch blieb ich in Verbindung mit der Außenwelt. Und so war weiterhin auch jeder unsere inhaftierten Führer mit mutigen Genossen in Verbindung, die sich in die Löcher der Eisernen Ferkel eingeklinkt hatten. Obgleich Ernst dreitausend Meter entfernt an der Pazifischen Küste im Gefängnis lag, war ich doch in ununterbrochener Verbindung mit ihm, und unsere Briefe gingen regelmäßig hin und her.

Sie führer in und außer dem Gefängnis, aber unter dem Joch der Zucht zu erdornen und zu küssen. Die Furcht einiger derselben wäre in einigen Monaten möglich gewesen; da aber die Inhaftierung kein Hemmnis für unsere Tätigkeit war, wurde beschlossen, jede Überstürzung zu vermeiden. Zwanzigjährig Kongressler lag im Gefängnis, und außerdem noch viele dreihundert unserer Führer. Es war geplant, daß sie alle gleichzeitig befreit werden sollten. Wenn zur ein Zeit entließ, wäre die Unabhängigkeit der Oligarchie vielleicht so reger geworden, daß die Furcht der andern bereitet wurde. Andererseits war man der Ansicht, daß

eine allgemeine Gefangenenerlösung im ganzen Lande einen außerordentlichen psychologischen Eindruck auf das Proletariat ausüben würde. Andere Schritte würde dadurch augenscheinlich werden und Territorien erbeben.

Es wurde verabredet, daß ich nach meiner Entlassung aus dem Gefängnis verschwinden und für Ernst ein sicheres Versteck ausfindig machen sollte. Das Verstecken war an sich nicht so einfach. Ich wurde nicht eher in Freiheit gesetzt, als bis die Spitze der Eisernen Ferkel auf meine Fährte gehegt waren. Es war notwendig, sie von meiner Spur abzulenken und nach Kalifornien zu gelangen. Es ist zum Denken, wie dies bewerkstelligt wurde.

Das Pazifische, dem russischen nachgebildet, war bereits in der Entwicklung begriffen. Ich konnte nicht wagen, den Kontinent in meine laubene Gestalt zu durchkreuzen. Ich mußte gänzlich verloren gegangen sein, wenn ich je Ernst wiedersehen sollte, denn wenn sie mich nach seiner Flucht aufspürten, wäre Ernst wieder gefangen worden. Auch durfte ich mich nicht als Proletarier verkleiden und reisen. Es blieb mir nur übrig, die Maße eines Mitglieds der Oligarchie anzunehmen. Der Erz-Oligarchen war nur eine Handvoll, aber es gab unzählige geringere, vom Schlags, lagen wir, des Herrn Wiskow — Leute, einige Millionen wert, die Anhänger der Oligarchie waren. Der Frauen und Töchter dieser Männer gab es eine sehr große Anzahl, und so wurde beschlossen, daß ich mich als eine von diesen verkleiden sollte. Einige Jahre später wäre dies nicht möglich gewesen, denn das Pazifische wurde so ausgebildet, daß jeder Mann, jede Frau, und jedes Kind im ganzen Lande eingetragen war.

Als die Zeit dazu reif war, wurden die Erlöse von meiner Spur abgelöst. Eine Stunde später gab es keine Anis Sperhard mehr, und eine Felice von Be-dighan, von zwei Kammerjungfern und einem Schöpfungchen, nebst dessen Wärterin begleitet, stieg in den Salonwagen des Pullmann, und einige Minuten später war sie auf der Fahrt nach dem Westen.

Die drei Mädchen, die mich begleiteten, waren Revolutionärinnen. Zwei waren Mitglieder der Kampfgruppen, und die dritte, Grace Holbrook, trat im folgenden Jahre in eine solche Gruppe ein, wurde aber schon sechs Monate nachher durch die Eisernen Ferkel hingerichtet. Es war das Mädchen, das als Wärterin des Schöpfungshundes mißbraut. Von den beiden anderen beschwand Bertha Stole zwölf Jahre später, während Anna Rossion noch lebt und eine ständig wachsende Rolle in der Revolution spielt.

Wir durchquerten ohne Abenteuer die Vereinigten Staaten bis nach Kalifornien. Als der Zug an der hochgehnten Straße in Oakland hielt, stiegen wir aus, und dann beschwand Felice von Be-dighan mit ihren beiden Jungfern, ihrem Schöpfung und dessen Wärterin für immer. Die Mädchen wurden von vertrauenswürdigem Genossen fortbegleitet; und andere Bewachen nahmen mich in Obhut. Eine halbe Stunde nach Verlassen des Zuges befand ich mich auf einem kleinen Fischerboot auf der Bai von San Francisco. Der Wind war veränderlich, und wir wurden während der größten Hälfte der Nacht ziellos weitergetrieben. Aber ich sah die Lichter von Alcatraz, wo Ernst lag, und ich fand Trost in dem Gedanken, in seiner Nähe zu sein. Der Tagesgrauen erreichten wir, nachdem der Fischer oft gerudert hätte, die Maria Inseln. Hier hielten wir uns den ganzen Tag verreckt, und in der folgenden Nacht durchquerten wir, von der Flut und einer frühen Brise vorwärts getrieben, die Bai San Pablo in zwei Stunden und landeten auf Pelabuna Creek.

Hier warteten andere Genossen mit Pferden auf uns, und ohne Verzug ging es fort durch die Sternennacht. Im Norden sah ich die Umrisse des Sonoma-Gebirges, gegen das wir ritten. Wir liefen das alte Sonoma rechts liegen, und ritten in einer Schlucht, die sich zwischen den äußersten Abhängen des Gebirges hinzog. Die Fahrstraße wurde zu einem Holzweg, dieser zu einem Kuhpfad, und dieser verlor sich und endigte unter den hochgelegenen Strüfen. Wir ritten trach über das Sonoma-

ma-Gebirge. Das war der sicherste Weg. Niemand bemerkte uns.

In der Dämmerung erreichten wir den nördlichen Rand, und in dem grauen Licht stiegen wir durch Gestrüpp in tiefe und vom Rauch des scheidenden Sommers erwärmte Schluchten hinauf. Für mich war das alte, bekannte Gebirge, und ich übernahm die Führung. Das Versteck war mein. Ich hatte es entdeckt. Wir ließen die Schaumstangen herunter und überquerten eine hochgelegene Matte. Dann gingen wir über einen niedrigen, mit Eichen beplanzten Rücken und stiegen auf eine kleine Matte hinauf. Dann erstiegen wir einen Rücken, wobei wir unter rotgeänderten Madonnen und Mangalita von tieferen Rot ritten. Die ersten Sonnenstrahlen fielen auf unseren Rücken, als wir emporkletterten. Ein Flug Wachteln zog durch das Dickicht ab. Ein großer Hafe kreuzte unseren Pfad; er lief leicht und still wie ein Reh. Und dann sprang ein Hirsch, ein vielgähiger Hirsch, dessen Rot glänzte, über den Kamm des Rückens vor uns, und verschwand.

Wir folgten eine Zeitlang seiner Fährte, dann stiegen wir eine Zickzackkurve, die er beschrieb, hinauf in eine Gruppe von Edelrotholzbaumen, die einen Wasserlauf einschlossen, der durch die Erde von der Längseite her getrieben war. Ich kannte jeden Zoll des Weges. Ein mit bescheidenem Schriftsteller war früher einmal Besitzer dieser Viehwiese gewesen; aber er wurde auch Revolutionär, doch unglücklicher als ich, denn er war schon tot und darin, und niemand wußte, wie oder wann. Er war bei seinen Geliebten alleiniger Mitwisser des Versteckes, nach dem ich unterwegs war. Er hatte die Wiese wegen ihrer Schönheit gekauft und dafür eine gute Summe bezahlt, sehr zum Mißfallen der anständigen Bauern. Er erzählte gern mit großem Vergnügen, wie sie die Wäpfe zu dem Preise schüttelten, ihre schwerfällige Korbweidung machten und dann sagten: „Aber Sie können keine sechs Prozent dabei herausbringen.“

(Fortsetzung folgt.)

Niederzwingung und Ausrottung des Faschismus einzuführen.  
6. Energisch dafür zu agitieren und zu werben, daß die Gewerkschaften ihre Macht auch politisch ausnutzen, daß sie sich einziehen zu die proletarische Einheitsfront zum Kampf für die Erhaltung des Achtstundentages, für die Erhaltung der Schwere und gegen den Steuerraub an der Arbeiterschaft, gegen die Faschisten und für proletarische Abwehrorganisationen, gegen die kapitalistische Herrschaft und für eine Reichsarbeiterregierung.

## Die nächsten Bildungsaufgaben der Partei

Der Zentral-Ausschuß der Kommunistischen Partei Deutschlands nahm in seiner Sitzung am 17. Mai folgende Resolution an:

In einer Zeit, die gesteigerte politische Massenaktion durch Versammlungen, Demonstrationen, Flugblätterverbreitung usw. verlangt, darf die intensive systematische Bildungsarbeit nicht zurückgedrängt werden. Die KPD mußte sich sonst der Gefahr und Ausbeutung von Agitatoren und Funktionären berauben und damit die breite Massenpropaganda auf eine immer schmalere und ungenügender werdende Basis schieben. Schon jetzt ist der Mangel geeigneter Funktionärkräfte in vielen Orten ein bitter empfundenes Uebel. Und die gegenwärtigen Parteifunktionäre, Parlamentarier, Agitatoren usw. können ebenfalls nicht alle so dringend benötigten Agitationskräfte für das ganze Reich stellen. Die KPD ist bereits in etwa 3000 Orten vertreten. Wir brauchen ein immer breiteres, kommunistisches Volkstheater handhabendes Funktionärkorps.

Die für August und September geplante Parteischule kann nur einer kleinen Auslese von Genossen umfangreiches wissenschaftliches Rüstzeug aushändigen.  
Daneben bilden bezirksweise Parteiformationschulen eine wichtige Ergänzung. Durch sie soll eine auf einen Bezirksort zusammengeführte größere Funktionärgruppe innerhalb weniger Tage - sei es auch nur von Sonntag mittag bis Sonntagabend - eine wissenschaftliche Durchleuchtung der aktuellen politischen und propagandistischen Fragen erfahren.  
Die wissenschaftlichen Zentralwanderkurse der Partei können erst mit Abschluß der Parteischule in rohem Umfange wieder einsehen. Die Ab-

haltung der lokalen Kurse und Vortragstreffen braucht jedoch keine Pause zu erfahren, wo geeignete lokale Kräfte dafür zu finden sind.  
Der 3. Mai lenkt die Aufmerksamkeit der Genossen insbesondere auf die Veranstaltung von Lesungen und Diskussionsgemeinschaften, in denen im kleinsten Ort wichtige aktuelle Broschüren durchstudiert werden können, und so die Erhaltung von Referaten aus dem erarbeiteten Wissensschatz vorbereitet wird.  
Die lehrende, lernende oder anregende Teilnahme an den Veranstaltungen zum Schwere und zur Vertiefung unserer kommunistischen Kampfbildung wird hiermit jedem Genossen erneut zur Pflicht gemacht. Die Disziplin der Partei hat darüber zu wachen, daß eine einmal aufgenommene Arbeit nicht wieder zerfällt.

Die Aufzettelung der Massen, die von gut durchgeführten revolutionären Kunstaktionen ausgehen kann (man denke an die Coermissionen oder Sprechchor-Darbietungen usw.) legt es nahe, daß diese Mittel künstlerischen Agitation nach Möglichkeit auszunutzen.  
Ein wichtiges Fundament für alle unsere Bildungsarbeit ist die Ortsbibliothek. Im Sinne der von der Zentrale herausgegebenen Richtlinien von Bibliothekswesen müsse überall und unbenutzlich mit Kontrolle, Ergänzung bzw. ersten Aufbau der Parteibibliotheken ernst gemacht werden.

## Die Verräter an der Saar!

Die zwei von den Franzosen bestochenen Lumpen sind Sozialdemokraten.  
Es geht doch nichts über die Schamlosigkeit des gegenwärtigen "Vorwärts". In seiner Abendnummer vom 18. Mai schrieb dieses laubere Organ:  
"Die Regierungskommission und die ihr unterstellte französische Grubenverwaltung haben alle Mittel des Betrugs, der Korruption, der militärischen Gewalt, der Verleumdung und der Ausbeutung angewandt. Sie haben wohl unter den kommunistischen Bergarbeitervertretern zwei Verräter gefunden."  
Der "Vorwärts" sagte nicht, wer die zwei von den Franzosen gekauften Verräter sind. Der "Vorwärts" weiß warum er in diesem Zusammenhang keine Namen nannte. Es ist nämlich eine niederträchtige, erbärmliche Missetat, daß die zwei Verräter "kommunistische Bergarbeitervertreter" gewesen seien. Diese Verleumdung wurde nur in die Welt gesetzt, in der Hoffnung, daß doch etwas hängen bleibe.  
Das "Vorwärts" muß sich zwei Nummern später selbst berichtigen. Der "Sieger an der Saar", der Bergarbeiterführer W. Kimrich,

Saarbrücken, schreibt nämlich in der Abendausgabe des "Vorwärts" vom 19. Mai einen Leitartikel, in dem es heißt:

Da glaubte die Grubenverwaltung ihren gefährlichsten Streich gegen die Stuhlenden führen zu müssen. Die Scheinbar seit längerer Zeit im Geheimen in ihren Diensten stehenden langjährigen Angestellten des Bergarbeiterverbandes Krämer und Becker sprangen während der kritischen Phase des Kampfes ab und schlugen sich auf die Seite der Grubenverwaltung. Obwohl im Saargebiet bereits der "Saarbund", eine frankophile Vereinigung aller Berufsgruppen, bestand, der auch ein Zentralorgan der Bergarbeiter" angegliedert war, gründeten die beiden Renegaten flugs noch einen neuen Verband, den Verband der Saararbeiter".

Der edle Kimrich sagt nicht, welcher Parteiangehörigkeit die beiden langjährigen Krämer und Becker waren. Er unterschlägt durch Verschweigen der Wahrheit den Verleumdungsstreich. Aber das elende Doppelspiel soll nicht gelingen.  
Die beiden langjährigen Verbandangestellten Krämer und Becker waren Sozialdemokraten, und zwar Sozialdemokraten, deren Eigenschaft als französische Agenten von den Kommunisten seit Jahr und Tag enthüllt worden ist.

In ihrer Nummer 338 vom 27. Juli 1922 stellte die "Rote Fahne" fest, daß in der USG, des Saargebietes französische Agenten die "Saartribüne" herausgeben.  
Die "Freiheit" vom 30. Juli 1922 nannte uns darum "Gemein bis auf die Knochen".  
Die "Rote Fahne" antwortete in ihrer Nummer 345 vom 2. August:

"Der unabhängige Landesparlamentarier Karl Krämer ist übrigens längst öffentlich als bestochener enklart. Schon zur Zeit der alten Wogenschrift "Freiheit", die vor Halle erschien, hat er der USG, Gelder des Majors Richter, des Chefs der französischen öffentlichen Propagandaabteilung an. Und der Mann macht heute eine Frontenerbschaft bei der "Erfassigen Bank!"  
Trotz dieser Feststellung blieben wir "gemein bis auf die Knochen". Die Ehrenmänner wurden bei der Vereinigung ohne Anstand in die USG, übernommen, sie blieben treulicher Agenten des Verbandes der Bergarbeiter.  
Ueberraschenderweise sagt Kimrich im "Vorwärts":

Die beiden Deserteure waren im Saargebiet keine unbekanntenen Blätter. Krämer hatte 1922 bei den Wahlen zum Landesrat eine Zeitung gegründet, deren kostspielige Finanzierung ihm, nach seiner Angabe durch Finanzierung eines argentinischen Ozeans (!) ermöglicht wurde. Schon damals piffen die Spahen von allen Wägern die wirkliche Wahrheit. Krämer und Becker stürzten sich nach ihrer, auf Befehl der Grubenverwaltung erfolgten Abtrennung auf die Zertrümme-

lung der Front der Streikenden mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig gewesen wäre. Dieser verräterische Streich ließ in der Zeit auf einige Augenblicke die Organisations bis in ihre Grundfesten erzittern."

Wir fragen heute: Warum blieben Becker und Krämer trotz unserer Feststellungen Mitglieder der freien Gewerkschaft der Bergarbeiter?

Wir fragen heute: Warum blieben Becker und Krämer in so dummtrocher Weise zu belügen versucht und tatsächlich in einer Situation "Salte den Dab!" ruft, wo es der ausgehöchste Saluton nicht wagen würde?

## Neue Literatur

### Wajlaw Borowskis letzter Gang

Soeben ist die Broschüre von Karl Kabet neu erschienen. Die Broschüre ist herausgegeben vom Internationalen Aktionskomitee gegen Kriegsgefahr und Faschismus und zum Preise von 100 Mark (Verkaufspreis 150 Mark) durch das Komitee, Rosenhauserstraße 88, zu beziehen. Alle Parteisektionen, die bisher noch keine Bestellungen aufgegeben haben, werden gebeten, dies nachzuholen.

Aktionskomitee gegen Kriegsgefahr und Faschismus.

### Ein Bild des Genossen Borowski

Im Verlage des Komitees gegen Kriegsgefahr und Faschismus ist soeben eine Postkarte mit dem Bilde des ermordeten Genossen Borowski erschienen. Die Karte ist zum Preise von 100 Mark vom Komitee zu beziehen. Der Erlös der Karte fließt dem Kampffonds gegen Kriegsgefahr und Faschismus zu. Bei Abnahme von mehr als 1000 Karten wird entsprechender Rabatt gewährt. Alle Parteigenossen, Betriebsräte, Kontrollausschüsse werden aufgefordert, größere Bestellungen auf die Karten einzufenden.

Aktionskomitee gegen Kriegsgefahr und Faschismus.

Der Verlag des Internationalen Aktionskomitees gegen Kriegsgefahr und Faschismus teilt mit, daß ein sehr reichhaltiges dreifarbiges Plakat erschienen ist, das die Gefahren des Krieges und Faschismus darstellt und zur Bildung der Einheitsfront auffordert. Das Plakat hat eine Größe von 70x100 cm. Es ist durch das Sekretariat des Internationalen Aktionskomitees gegen Kriegsgefahr und Faschismus, Berlin, Rosenhauser Straße 88, zu beziehen zum Preise von 75 Mark pro Stück.

### Genosse und Genossin werbe eifrig für dein Parteiorgan.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Kurt Dombrowski, für den Inhalt: Kurt Schöfer, Rotationsdruck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., Jantowitz in Breslau.

## Beramlungs-Kalender.

Jede Zeile unter dieser Rubrik kostet 50 Mark.  
**KPD** Bezirksleitung: Büro u. Kasse: Breslau, Trebnitzerstr. 50. Tel. 8887. Briefe: Witz. Teisner, Breslau, Trebnitzerstr. 50.  
Breslau, Mittwoch, den 21. Mai, abends 7,30 Uhr, im Zentralklub, Gedwitzer 13. Bezirksversammlung. Das Erscheinen aller Genossen und Genossinnen ist Pflicht.  
Samaritanenhaus, Freitag, den 23. Mai, abends 7,30 Uhr, im Versammlungsraum, Nikolaistr. 49/50. 2. Parteitag des Bezirks. Pünktliches und vollständiges Erscheinen wird erwartet.  
Krautwärdl, Sonntag, den 27. Mai, vorm. 9 Uhr, im "Krautwärdl", öffentliche Parteiversammlung. Thema: Bewegung - Faschismus - Reaktion und die deutsche Aufgabe der Kommunisten in den Gewerkschaften. Das Erscheinen aller Genossen Genossinnen und Genossinnen ist notwendig.  
Lepesch, Samstag, den 28. Mai, abends 7,30 Uhr, im "Lepesch", wichtige Sitzung für Parteiführung, Reichsleitungskommission, Unterleitung und Bezirksleitung sowie Frauen- u. Jugendkommissionen. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht.  
Gardiner - Rathaus - Versammlungsraum, Sonntag, den 29. Mai, abends 8 Uhr, im Brichels-Garten, Wenzelsberg, öffentliche Parteiversammlung. Thema: Bewegung - Faschismus - Reaktion. Bericht von der Bezirksleitung am Abend.

## Einen neuen Leier, Genosse!

## Altmetalle

Zahle dem Dollarstand entsprechend höchste Tagespreise.  
Händler Vorzugspreise.

## Metallkeller

Lessingstr. 9. Tel. R. 11569.  
Achtung Hausnummer Ausweis mitbringen.

## Achtung!

Zahle die höchsten Preise für Alteisen, Altmetalle, Zeitung, Makulatur u. Papier und übernehme Maschinenabtrübe.

## A. Linke

Lessingstraße 10  
Telefon Ohle Nr. 6582 Nebenstelle.  
Achtung auf Hausnummer.

## Achtung Literaturlobleute!

Die Broschüre  
**Max Hoelz**  
der gemeine Verbrecher  
ist wieder eingetroffen.  
Bestellungen nimmt entgegen die  
Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H.  
Breslau, Nikolaistr. 49/50  
Nützlg. Buchhandlung.

**Alfred Schlessinger**  
**Nähmaschinen**  
auch auf Teilzahlung.  
Schmiedebücke Nr. 29 a.

**Achtung Genossen!**  
Feldgraue Liewken, Arbeitshosen, neue Arbeitsschuhe, gebrauchte Militärschuhe (neu lackt) bei  
**Kupczak**  
Sadowastr. 14, III.

**Gold-Silber**  
Platin - Bruch, Dublec  
auch das kleinste Quantum  
kauft über Reklamepreis  
**L. Heitsch, Leinw. 47/48**  
Bismarckstr.

**Alle den Metall Lampen**  
Knochen, Döpler  
Kurt Schöfer  
Rohprodukte  
Breslau  
Königsplatz 9

Hoch aktuell! Soeben erschienen!  
**Zwischen zwei Kriegen**  
Von Jaques Doriot  
"Zwischen zwei Kriegen" - dem Weltkrieg 1914-1918 und dem neuen kommenden Weltkrieg - ist keine seifenblasige Prophezeiung, sondern eine nüchterne Darstellung der wirtschaftlich-politischen Situation und der sich daraus ergebenden Interessengegensätze der imperialistischen Staaten, die den Keim neuer Konfliktstoffe in sich tragen. In der augenblicklichen Situation wird dieses Büchlein das größte Interesse erregen.  
30 Seiten stark / Preis Grz. 1,20  
Schlüssel für Organisationen 500  
Schlüssel für den Buchhandel 1500  
**VERLAG DER JUGENDINTERNATIONALE**  
BERLIN-SCHÖNEBERG / FEUERSTRASSE 61  
Anderem zu beziehen:  
Verlag Junge Garde - Berlin O 17 - Kopenstraße 7

Soeben neu erschienen:  
**Brot und Maschinen für Sowjet-Rußland**  
Ein Jahr proletarischer Hilfsarbeit von Willi Münzenberg.  
Broschiert, 38 Seiten stark.  
Preis 200.- Mark.  
Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., Breslau, Nikolaistr. 49/50, Abteilung Buchhandlung.

## Soeben neu erschienen:

**Spitzel.**  
Aus dem Sumpf der politischen Polizei.  
Broschiert, 61 Seiten stark, Preis 2100 Mark.

**Das zukünftige Petrograd.**  
Von G. Zyperowitsch.  
Broschiert, 137 Seit. stark, Preis 2100 Mark.

**Theorie des historischen Materialismus.**  
Von A. Bucharia.  
Broschiert, 372 Seit. stark, Pr. 13.000 Mark.

Zu beziehen durch: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., Breslau, Nikolaistr. 49/50.  
Abteilung: Buchhandlung.

## Neu erschienen:

**Zum 5. Jahrestag der deutschen Revolution**

35 Seiten stark  
broschiert 100.- Mark

Zu beziehen von der Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., Abteilung Buchhandlung, Breslau, Nikolaistr. 49/50 sowie alle Literaturlobleute.

**Proletarier!**  
Beseitigt die Hindernisse der Sprachbarrieren! Lernt die  
**Weltsprache "Esperanto"**  
die von Arbeitern aller Nationen gesprochen und auch verwendet wird!